



PRESSEMITTEILUNG 11/2007

Berlin, den 23. Juli 2007

Morgige Kabinettsberatung zur Teilprivatisierung Bahn

„Lex DB AG“ ist Abkehr von der Bahnreform

Pro Mobilität lehnt das Modell zur Teilprivatisierung der DB AG entschieden ab, das die Bundesregierung morgen beschließen will. „Der Bahngesetzesentwurf ist verkehrspolitisch ein krasser Rückschritt“, erklärte Dr. Peter Fischer, Präsident des Verkehrsverbandes Pro Mobilität, heute in Berlin. Seit der Bahnreform von 1994 gab es in der Politik und der Öffentlichkeit einen breit akzeptierten Konsens, dass weitere Reformschritte den Wettbewerb auf der Schiene stärken und den Bundeshaushalt entlasten sollen. „Der Gesetzesentwurf ist ein Lex Deutsche Bahn AG. Durch Wettbewerb mehr Güterverkehr auf die Schiene zu holen, hat für die Bundesregierung keine Priorität mehr“.

Als dominierendes Bahnunternehmen soll die DB AG für mindestens 15 Jahre über Investitionen im Schienennetz und die Vergabe von Trassen entscheiden können. Die Bedingungen für die bisher dynamisch wachsenden privaten Güterbahnen werden schlechter. Schon in der Vergangenheit war der Bund nicht in der Lage, das Netzmonopol wirksam zu kontrollieren. Mit der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung sollen zwar neue Kontrollmöglichkeiten geschaffen werden, doch die werden nicht ernsthaft getestet, sondern gleich für eineinhalb Jahrzehnte festgeschrieben. So werde die Schiene ihre Potenziale nicht nutzen können, die das Verkehrssystem angesichts hoher Wachstumserwartungen für Lkw und Bahn dringend benötigt, stellte der Präsident von Pro Mobilität fest.

Auch eine Entlastung des Bundeshaushaltes sei von dem Gesetzesentwurf nicht zu erwarten. Der Bund mache langfristige Zusagen zum Erhalt des Schienennetzes, ohne eine Entlastung bei den Investitionen durch privates Kapital ernsthaft erwarten zu können. Etatisiken für die Fernstraßen und Wasserstraßen würden verschärft, statt für alle Verkehrswege des Bundes die Erhaltung langfristig finanziell zu sichern. Zweifel an der Vereinbarkeit des Gesetzesentwurfs mit dem Verfassungs- und Bilanzrecht bestünden fort. „Die Bundesregierung sollte den Gesetzesentwurf zurückziehen und grundlegend überarbeiten“, forderte Dr. Peter Fischer.

Die Stellungnahme von Pro Mobilität zum Referentenentwurf finden Sie hier:

<http://www.promobilitaet.de/downloads/Pro-Mobilitaet-Stellungnahme-Bahnprivatisierung-BMVBS-130707.pdf>

Nähere Informationen: Stefan Gerwens, Geschäftsführer
Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.

Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.

Friedrichstraße 154

10117 Berlin

Tel.: 030 / 22 48 84 12

Fax: 030 / 22 48 84 14

www.promobilitaet.de

info@promobilitaet.de

Präsidium

Dr. Peter Fischer (Vorsitzender)

Jörg Eschenbach

Prof. Dr. Bernd Gottschalk

Hermann Grewer

Dr.-Ing. Herbert Lütkestratkötter

Dr. Erhard Oehm

Prof. Dr.-Ing. Gerhard Zeidler

Geschäftsführung

Stefan Gerwens

Mitglieder

3M Deutschland GmbH

ADAC e.V.

ARBIT – Arbeitsgemeinschaft der Bitumenindustrie e.V.

Autobahn Tank & Rast Holding GmbH

Automobilclub von Deutschland e.V.

Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft

Bundesverband Baustoffe, Steine und Erden e.V.

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e.V.

Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung e.V.

CropEnergies AG

DEKRA e.V.

Deutscher Asphaltverband e.V.

DKV Euroservice GmbH + Co. KG

F. Kirchoff AG

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.

Hermann Kirchner Bauunternehmung GmbH

HOCHTIEF AG

KEMNA BAU Andraee GmbH & Co. KG

Michelin Reifenwerke KGaA

NYNAS Belgium AB

Sanef

Sievert Handel Transporte GmbH

STRABAG AG

Tensar International GmbH

TÜV NORD Mobilität GmbH & Co. KG

Verband der Automobilindustrie e.V.

Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e.V.

Verkehrsakademie Bayern e.V.

Zentralverband Deutsches Baugewerbe e.V.

Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V.